

Leipzig. Die Zeitung erscheint mit Ausnahme des Sonntags täglich und wird Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Preis für das Vierteljahr 1 1/2 Thlr.; jede einzelne Nummer 2 Ngr.

# Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gerechtigkeit»

An beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes, sowie durch die Expedition in Leipzig (Querstraße Nr. 9).

Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

## Die Zoll- und Handelsfrage.

Berlin, 5. Dec. Ueber die Mission des Hrn. v. Bruck in der Zollangelegenheit kann ich Ihnen ebenso sichere als erfreuliche Nachrichten geben. Derselbe ist freilich noch nicht hier eingetroffen, wie bereits verfrüht anderweitig mitgeteilt worden ist; nichtdestoweniger ist er von seiner Regierung beauftragt, mit der diesseitigen Regierung vertrauliche Verhandlungen zur gegenseitigen Verständigung in der Zollfrage einzuleiten. Letztere werden in kurzem und zwar nicht, wie die Coalitionsorgane erwählten, in Wien, sondern hier in Berlin stattfinden. Es ist um so freudiger die lange ersehnte Ausgleichung der noch vorliegenden Dissidenzen zu erwarten, da unsere Regierung bereits den Zollverein wieder reconstruirt und sich durch den Abschluß des Vertrags mit Braunschweig und den Thüringischen Staaten auf der Basis des Septembervertrags die Möglichkeit gegeben hat, nun auch mit Oesterreich in dieser Angelegenheit zu verhandeln, ohne ihren Standpunkt im entferntesten zu gefährden. Es wäre zu wünschen, daß die Entschiedenheit Preußens, der unbedingt zum großen Theile die bevorstehende Einigung der beiden deutschen Großstaaten zu danken ist, nun auch die Regierungen der Coalition zu dem Entschlusse führen möge, im Vertrauen auf den Geist der Versöhnung, den Preußen nicht minder als seine Entschiedenheit bewahren wird, aus ihrer Isolirung herauszutreten.

Die Darmstädter Gegenschrift gegen die preussischen „Beiträge zur Beurtheilung der Zollvereinsfrage“ (Nr. 436) soll dem berliner Correspondenz-Bureau zufolge hauptsächlich die Position zu rechtfertigen versuchen, welche die Coalitionsregierungen Preußen und seinen Verbündeten gegenüber in den zu Berlin stattgehabten Verhandlungen einnahmen.

Die Kasseler Zeitung, eins der entschiedensten Organe der Coalition, bringt von Frankfurt vom 30. Nov. einen ziemlich kleinlauten Artikel über die Wiener Zollverhandlungen. Personen, welche mit dem Gange der Verhandlungen in Wien vertraut sein wollen, sprachen sich hier nach über die von dort zu erwartenden Ergebnisse ziemlich kühl aus. Der Gedanke der großen Zolleinigung sei, um Preußen zufriedenzustellen, fast so gut wie ganz bei Seite geschoben, und es handle sich jetzt nur noch um Handelsverträge Oesterreichs einerseits mit dem alten Zollvereine (oder mit der Coalition), andererseits mit Preußen. Dem alten Zollvereine bleibe es sodann überlassen, seinerseits ebenfalls mit Preußen über den Abschluß eines ähnlichen Vertrags in Unterhandlung zu treten und seine Gewerbe- und Zollinteressen in besonderer Zollgruppe zu schützen und zu wahren. Die Hoffnung der Zolleinigung mit Oesterreich scheine aufgegeben werden zu müssen, da, dem Anschein nach, in Wien die Verständigung mit Berlin jetzt vor allem Uebrigen angestrebt werde. Nach den weiteren Ausführungen des Blattes wäre jetzt freie Hand zur Bildung einer besondern mittel- und süddeutschen Zollgruppe mit erhöhten Eingangszöllen.

Das Journal des Debats schreibt unterm 1. Dec.: Unsere Correspondenzen melden übereinstimmend, daß man (in Deutschland) auf allen Seiten wünscht, die Spaltung (in den handelspolitischen Dingen) möge nicht erweitert werden; daß man selbst Das, was geschehen ist, bedauert und daß man eine baldige glückliche Lösung der Schwierigkeiten erwartet, welche gegenseitige Beanspruchungen herbeigeführt haben. Man versichert, daß diese Stimmung jetzt die aller deutschen Cabinete sei: Oesterreichs und Preußens, Hannovers und Baierns, Sachsens und Württembergs, des Großherzogthums Baden so gut wie der beiden Hessen; daß die Unterhandlungen im Stillen mit einer aufrichtigen Mäßigung auf jeder Seite unterhandelt werden; daß Denkschriften sehr wirksam zwischen dem wiener und berliner Cabinet ausgetauscht und die Dinge endlich auf dem Punkte angelangt sind, auf welchem die Staatsmänner ohne Unruhe den Ausgang dieser langen Kämpfe erwarten.

## Deutschland.

Frankfurt a. M., 4. Dec. Der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister Frankreichs beim Deutschen Bunde, Marquis de Tallenay, hat bereits dem Bundestage die Anzeige von der Wahl Napoleons III. zum Kaiser der Franzosen und der Annahme dieser Würde von Seiten des bisherigen Prinz-Präsidenten gemacht. (Hess. Pgg.)

Außerdem vernahm man nach dürfte, wie das berliner Correspondenz-Bureau schreibt, in Frankfurt a. M. bei der Bundesversammlung zunächst mit großer Entschiedenheit auf der Reactivirung der frühern Stellung der Juden in den vier freien Städten bestanden werden; weiter aber soll auch mit Rücksicht auf Art. XVI der Bundesacte eine allgemeinere Anordnung über die Rechte der Juden in den deutschen Bundesländern in Antrag gebracht werden.

Berlin, 4. Dec. Das heutige Bulletin über das Befinden des Prinzen Karl lautet: Der Prinz Karl hat seit gestern Abend, dem dritten

Tage nach erhaltener Verlegung, erhöhte Fieberbewegungen und örtliche Schmerzen gehabt, und deshalb eine sehr unruhige Nacht verbracht.

Berlin, 3. Dec. Was heute von der Bildung der Fractionen der II. Kammer zu berichten ist, wird wie Alles, was bisher darüber ins Publicum gedrungen, nach der morgenden Sitzung seine Bedeutung verloren haben, in welcher die Wahl des Präsidenten vollzogen und diese Organisation aus der Gährung ihrer Elemente zur festen Gestaltung derselben übergehen wird. Dennoch möchte ein letzter Blick auf jenes Stadium zur Vorbereitung auf das seinem Abschlusse folgende nicht überflüssig sein. Innerhalb und neben der großen conservativen Fraction mit ihrer bereits bekannten Gliederung sind neuerdings noch zwei Fractionbildungen in jene Gährung aufgenommen. Die eine zur Unterstützung der äußersten Rechten, vormals vom Abg. v. Arnim-Boitzenburg, jetzt von Keller und Genossen geführt, die andere als Soutiens der im Preussischen Wochenblatte bemerklich werdenden Coterie. Als Führer dieses Soutiens ist der Abg. Fock hervorgetreten. Am geschäftigsten zeigen sich indessen die Ultramontanen, welche den für Koblenz gewählten Feuersocietätsdirector v. Waldbott-Wassenheim als Candidaten zur Präsidentenwahl aufstellen und Alles aufbieten, ihm die Majorität zuzuwenden. Anfangs begnügten sie sich freilich mit der Aussicht auf die Vicepräsidentur für ihren Candidaten. Als sie aber die Unterstützung der Rechten zur Erreichung dieses Ziels, durch das Versprechen, für die Wahl des Staatsministers Uhden zum Präsidenten zu stimmen, gewonnen zu haben glaubten, gingen sie weiter und begannen, jenes Versprechens uneingedenk, den Präsidentenstuhl für den katholischen Candidaten zu erstreben. Für den Verlust der Rechten, die sich nun von ihnen zurückgezogen hat, glauben sie sich durch einen Uebertritt zur Linken für diesen speciellen Zweck schadlos halten zu können. Nach Allem, was darüber verlautet, dürften sie sich indessen irren, da die Linke nur unter der Bedingung einer ungetheilten Mitwirkung zur Wahl des Grafen Schwerin jenen Uebertritt gutzuheißen gesonnen ist. Bei der morgenden Wahl wird daher aller Wahrscheinlichkeit nach die Wage zwischen Uhden und Schwerin schwanken, welche die außerordentliche Geschäftskennntnis des Letztern gegen die Erfolge des Erstern als Leiter des Vereinigten Landtags abmessen wird.

Berlin, 4. Dec. Wider Erwarten ist die Wahl des Präsidenten, welche heute an der Tagesordnung der II. Kammer war, nicht zur Sprache gekommen, obwol die Sitzung um 11 Uhr eröffnet und erst um 5 Uhr Nachmittags geschlossen wurde. Diese ganze Zeit ist durch die Wahlprüfungen in Anspruch genommen worden, und zwar hat die Beanstandung der Gültigkeit der Wahl des Fürsten Karl v. Lichnowski für Ratibor eine ganz besonders lebhafteste Debatte hervorgerufen, obwol dieselbe mit 22 Stimmen über die absolute Majorität der Wähler entschieden worden ist. Das Resultat der Debatte, in welcher der Appellationsgerichtspräsident Wenzel als Abgeordneter für Dppeln unter dem Beifalle der Linken eine Lanze gegen den Minister v. Westphalen brach, erregte nicht geringes Aufsehen, da der Letztere mit Unterstützung des Hrn. v. Gerlach, als warmer Verteidiger des dem Justizministerium vorliegenden Verfahrens des Landraths Elsner, Sieger blieb. Der Antrag der mit Prüfung des betreffenden Protokolls betrauten Abtheilung, jene Wahl bis zur Entscheidung der vorgesetzten Behörden über die in dem Landrathsamt Dppeln zur Erreichung conservativer Wahlen getroffenen Maßregeln zu beanstanden, wurde unter namentlicher Abstimmung mit 157 gegen 153 Stimmen abgelehnt und die Wahl des Fürsten Lichnowski somit für gültig erklärt. Obwol die übrigen Wahlprüfungen nur unerhebliche formelle Bedenken zur Sprache brachten, so gaben doch die sich daran knüpfenden Abstimmungen zu einer Vergleichung der Zahlenverhältnisse der Fractionen Gelegenheit, welche zur Beurtheilung der voraussetzlichen Gruppierung bei der bevorstehenden Präsidentenwahl von Interesse sind. Bei einer Abstimmung der Rechten und äußersten Rechten gegen die Linke, die Polen, die katholische und Bethmann-Hollweg'sche Fraction stellte sich nämlich das Verhältniß von 164 gegen 154 Stimmen, mithin für die gesammte nicht in allen Fragen mit dem ministeriellen Programm übereinstimmende Partei eine Minderheit von 10 Stimmen heraus. Diese Bemerkung möchte zugleich ein Licht auf die Ausichten werfen, welche der Candidatur des Grafen Schwerin selbst für den Fall bevorstehen, daß sich die katholischen Abgeordneten entschließen sollten, aus Abneigung gegen die Maßnahmen der conservativen Fraction in dieser Angelegenheit mit der Linken gemeinschaftliche Sache zu machen. Für ungültig erklärt wurde in dieser Sitzung die kölnische Wahl der H. H. Bürgers und v. Grooten.

Die Spener'sche Zeitung berichtet: Wie man vernimmt, ist im Ministerium des Innern ein Gesetzentwurf ausgearbeitet, welcher die gegenwärtige Pressegesetzgebung in der von der Regierung bei Vorlage des Pressegesetzes vom 12. Mai 1851 hinsichtlich der ausländischen Presse proponirten Weise ergänzen soll. Die Regierung verlangte damals bekanntlich, daß die Verbeiterung von Druckschriften, welche außerhalb des preussischen